

Arme Kinder, arme Eltern!

In der Kinderarmutsdebatte werden Eltern entmündigt, meint Sabine Beppler-Spahl

Im Durchschnitt sind laut EU-Kommission 19 Prozent der europäischen Kinder einem Armutsrisiko ausgesetzt.¹ Diese Angaben entsprechen etwa den Zahlen, die auch das Bundesfamilienministerium im Mai 2008 veröffentlicht hat: Dem „Kinderarmutsdossier“ zufolge sind in Deutschland 2,4 Millionen Kinder, also jedes sechste Kind, armutsgefährdet.² Doch stimmt es wirklich, dass Millionen von Kindern bei uns in Armut leben? Und vor allem, warum der eingeschränkte Blick auf Kinderarmut, wenn Kinder doch selber keine wirtschaftlich aktiven Subjekte in unserer Gesellschaft sind? Ist es nicht letztlich der Mangel an Ressourcen und Möglichkeiten, denen Erwachsene (also die Eltern) ausgesetzt sind, der die Armut der Kinder verursacht?

Offizielle Armutsstatistiken für europäische Länder sprechen ganz bewusst von „armutsgefährdeten“, statt von „armen“ Kindern, denn die Zahlen bedeuten natürlich nicht, dass bei uns Millionen von Kindern auf den Straßen betteln müssen. Es geht bei der Kinderarmut immer um die relative materielle Armut, die sich im Vergleich zum jeweils herrschenden allgemeinen Wohlstand ergibt. Das „Kinderarmutsdossier“ drückt materielle Armut z.B. durch die Armutsrisikoquote aus. Diese gibt den Anteil an der Bevölkerung an, deren bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen pro Kopf weniger als 60 Prozent des statistischen Mittelwertes der Gesellschaft beträgt. Da dieser derzeit bei 870 Euro netto liegt, wären z.B. die beiden Kinder einer vierköpfigen Familie mit einem Nettofamilieneinkommen von weniger als 2088 Euro armutsgefährdet. Trotzdem werden die Kinder weiterhin zur Schule gehen, in wohltemperierten Wohnungen leben, medizinisch versorgt werden usw. Kurzum: Das 50- oder 60-Prozent-Leben ist hart, aber es ist kein Leben in Slums.

Auch stimmt es nicht, dass pauschal „die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher“ werden. Es mag sein, dass die Schere zwischen Arm und Reich

in den nächsten Jahren noch weiter auseinanderklaffen wird. Dennoch hat sich der absolute Lebensstandard für fast alle Teile der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert. Auch wer heute arm ist, dem steht weit mehr zur Verfügung als den Armen vor 20 oder 30 Jahren. Diese nüchterne Darstellung der Entwicklung der Armut in Deutschland zeigt, welche Probleme sich ergeben, wenn über „Armut“ als ein abstraktes Problem gesprochen wird – losgelöst von einer Debatte darüber, wie der Lebensstandard insgesamt, also für alle, weiter erhöht werden kann. Wenn wir nicht das bestmögliche Leben für alle fordern, reduziert sich unser Engagement für „Arme“ auf einen moralisierenden Mitleidsappell. Diejenigen, die in relativer Armut leben, werden als hilflose Individuen abgeschrieben, die der Gönnerschaft anderer bedürfen.

In diesem Sinne ist die Armutsdebatte ein Ausdruck niedriger Erwartungen an die Wohlstandsentwicklung der Zukunft. Ohne die Vorstellung, dass sich eine Gesellschaft insgesamt weiterentwickeln muss, bekommt die Armutsdebatte fatalistische Züge, weil sie sich zwangsläufig auf Fragen der bloßen Verteilung beschränken muss. Schnell schleicht sich dann ein vorwurfsvoller, überheblicher Tonfall ein. Das beste Beispiel hierfür lieferte jüngst Thilo Sarrazin (SPD). Bei einer Fraktionsklausur sagte der Berliner Finanzsenator, dass ein armer Mensch im Jahr 2005 inflationsbereinigt über mehr Geld als der Durchschnitt der Bevölkerung im Jahr 1960 verfügt habe. Daraus schloss er, dass die Probleme, die wir mit Armut verbinden, „mangelnde Bildung, soziale Defizite“ usw. nichts mit Geld zu tun hätten.³ Der hierdurch insinuierte Vorwurf, arme Menschen seien selber schuld, sorgte für einen Aufschrei der Empörung. Doch die eingeschränkte Sichtweise, die der Senator mit seiner Äußerung zum Ausdruck brachte, teilt er mit anderen.